

05./06. Juni 2013

MASTERPLAN

Gesundheit steht im Mittelpunkt



Die Optimierung der Gesundheitsversorgung in der Region, um die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen, ist - neben dem Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum - wichtigstes Ziel der Gesundheitswirtschaft. Angesichts der demografischen Entwicklung ist das eine Herausforderung erstes Ranges. Dazu gibt es einen Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg, der jetzt unter diesem Gesichtspunkt fortgeschrieben wird. DIE LINKE begrüßt die Schlussfolgerung aus der Evaluation dieses Masterplans, dass bei der Weiterentwicklung der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg immer sozial- und wirtschaftspolitische Aspekte zusammen gesehen werden müssen.

Wir sind froh, dass sich die Landesregierung mit der Fortschreibung des 3. Krankenhausplanes zum Erhalt aller Krankenhausstandorte im Land bekannt hat. Auf der Basis einer stabilen stationären Versorgung müssen jedoch neue Wege gesucht und beschritten werden. Es bedarf innovativer Ideen und Lösungen sowie des Engagements aller im Gesundheitsbereich Tätigen und Verantwortlichen. Gefragt sind sektoren- und fachübergreifende bis hin zu länderübergreifenden Formen zur Sicherung der gesundheitlichen Versorgung. Dies gilt auch für die optimale Nutzung vorhandener Ressourcen. Das erfordert eine verstärkte Zusammenarbeit von Ärzt_innen mit den in Pflegeberufen und anderen Gesundheitsfachberufen

Beschäftigten und eine stärkere Vernetzung aller an gesundheitlicher Versorgung Beteiligten. Starre Sektorengrenzen müssen aufgebrochen und Leistungen möglichst wohnortnah erbracht werden. Gebraucht werden integrierte Versorgungsformen und mehr Möglichkeiten: Es gilt einerseits, Menschen zur gesundheitlichen Versorgung, aber umgekehrt auch gesundheitliche Versorgung zu den Menschen zu bringen.

Bei der Realisierung dieser Zielstellungen stehen wir bei weitem nicht am Anfang. Die Brandenburger Landesregierung hat mit ihrem Konzept zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in Brandenburg den richtigen Weg eingeschlagen. Ein besonders gutes Beispiel dazu liefert die Entwicklung der Telemedizin in Brandenburg. Dabei geht es um ein flächendeckendes telemedizinisches Versorgungsnetz für Menschen mit Herzinsuffizienz ab einem bestimmten Schweregrad.

Ziel des Projektes ist es, besonders in ländlichen, strukturschwachen Gebieten die Versorgung für Herz-Kreislauf-Erkrankte zu verbessern.

Ähnliche Modelle gilt es für andere Bereiche der gesundheitlichen Versorgung zu entwickeln, um eine qualitativ hochwertige gesundheitliche Versorgung in allen Teilen der Region vorzuhalten.

Birgit Wöllert
Sprecherin
für Gesundheitspolitik



Kampf gegen die Flut: LINKE Abgeordnete und Mitarbeiter_innen halfen



In Wittenberge stapeln sich tausende Sandsäcke, in Cottbus, Mühlberg und anderen Brennpunkten ist das Bild ähnlich. Abgeordnete und Mitarbeiter_innen der LINKEN halfen beim Sandsack-Schaufeln, u.a. Christian Görke, Thomas Domres, Dieter Groß, René Kretzschmar in Wittenberge, Carolin Steinmetzer-Mann und Kornelia Wehlan in Herzberg/Mühlberg und Stefan Ludwig sowie Jürgen Maresch (alle MdL) in Cottbus und Umgebung.



DIE LINKE-Fraktion: Mit guter Bilanz in die politische Sommerpause

Für viele ist vor der Sommerpause wieder ein kleines Stückchen Besserung in Sicht: Die brandenburgische Mindestlohnkommission, die einzige ihrer Art in Deutschland, hat vorgeschlagen, die Lohnuntergrenzen bei Aufträgen der öffentlichen Hand auf 8,50 Euro anzuheben. Die Kommission soll regelmäßig, mindestens aber alle zwei Jahre, der Landesregierung einen Vorschlag zur Anpassung der Lohnuntergrenze vorlegen - dabei sind vor allem die Entwicklung der Löhne und Preise sowie der Wirtschaft relevant. Diese Entwicklung ist möglich, weil wir ein entsprechendes Vergabegesetz erlassen haben. Zugleich haben wir jetzt im Landtag (endlich) die Privilegien für die Abgeordneten abgeschafft - von steuerfreien Pauschalen bis zur Altersvorsorge. Und doch drängt es in unserem Inneren. Denn schon jetzt wären mindestens zehn Euro pro Stunde für ein auskömmliches Leben nötig. Andererseits erhält im privaten Bereich noch immer rund ein Drittel der Beschäftigten weniger als 8,50 Euro. Gesetzlich kann hier nur der Bund

eingreifen und einen generellen Mindestlohn festlegen. Wir im Land aber können Anreize schaffen: Öffentliche Fördermittel haben wir an Tarife, Ausbildungsquote und Qualifikation der Belegschaft gebunden - wir drücken darauf, dass Beschäftigte gute Verträgen haben und nicht in Leiharbeit gezwängt werden. Wir geben zugleich dem Strukturwandel eine Richtung - Inno-



vation und Nachhaltigkeit. Nichts Neues ohne Beteiligung und Akzeptanz bei den Betroffenen - ob bei Windrädern oder am Flughafen BER. Gut und sicher leben, überall in Brandenburg - darum geht es uns: Gute Bildung für unsere Kinder - von Anfang an, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und unabhängig vom Wohnort. Stabile, möglichst bessere Betreuung - damit fing es

an: mehr Personal für Kitas, mehr Stellen, damit die Schüler-Lehrer-Relation gehalten werden kann. Gute Gesundheitliche Versorgung: Wo es an Ärzten fehlt, bringt Gemeindeschwester Agnes - bundesweit einmalig - Leistungen aus der Praxis ins Haus. Wir haben Krankenhausstandorte gesichert - auch mit Blick auf ambulante Versorgung. Wir nutzen Computer, Datennetz und moderne Geräte zur Fernbetreuung von chronisch Kranken. Wir finden uns mit Armut nicht ab, sondern packen an - mit dem Schüler-Bafög z.B. oder Programmen für Langzeitarbeitslose. Wir gehen neue Wege zur Kriminalitätsverhütung: Wir bleiben nicht bei Strafe und Wegschließen stehen, sondern wollen Tätern ein Zurück in die Gesellschaft ermöglichen. Nicht der starke Staat, nicht der schlanke Staat, sondern eine starke Gesellschaft - darauf setzen wir.

Christian Görke
Fraktionsvorsitzender



Vorstoß: Beweislastumkehr bei Bergschäden im Bundesrecht erreichen



Bergbau ist mit unvermeidbaren Auswirkungen auf die Umgebung und die in der Nachbarschaft lebenden Menschen

verbunden. Betroffene fordern zu Recht eine faire Regulierung der Schäden und die Möglichkeit einer unabhängigen Prüfung der Schadensangelegenheit. Unsere diesbezügliche Initiative (vgl. DS 5/7410) ist vom Landtag einstimmig beschlossen worden. Mit der Einrichtung einer Schlichtungsstelle Bergschäden soll auch in Brandenburg eine kostenfreie Möglichkeit geschaffen werden, dass Betroffene zu ihrem Recht kommen. Es ist höchste Zeit, dass sich die Bergbaubetreiber in der Lausitz an einer Schlichtungsstelle betei-

gen. Um zu mehr Akzeptanz des Bergbaus beizutragen, wollen wir eine Umkehr der Beweislast für Bergschäden im Bundesbergrecht auf Bundesebene erreichen. Darüber hinaus setzen wir uns für den Schutz von Randbetroffenen ein und wollen die Transparenz und Beteiligung in den entsprechenden Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter verbessern.

Birgit Wöllert
Regionale Abgeordnete
in Spremberg

NACHGEFRAGT

Fortschritt für das Land: Antirassismus-Klausel in der Verfassung

Interview mit **Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg** · Sprecher für Innenpolitik

» **Über eine Antirassismus-Klausel wird schon seit Jahren diskutiert. Nun soll sie kommen. Weshalb ergriff DIE LINKE dafür die Initiative?**

Der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist eine ständige Aufgabe in Brandenburg. Rassismus ist eine Ideologie, die nicht nur einige Ewiggestrige vor sich her tragen. Sie ist - das zeigen Umfragen - auch in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt. Wir LINKEN haben seit langem die Diskussion um eine antifaschistische Klausel in der Verfassung geführt. Ein von uns 2008 vorgelegter Gesetzentwurf wurde damals leider abgelehnt. Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Landtag boten die Chance, diese Diskussion erneut zu führen.

» **Was genau will DIE LINKE mit SPD, FDP und Bündnisgrünen ändern?**

Artikel 2 (Grundsätze der Verfassung) soll um den Satz ergänzt werden: „Das Land

schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“ Wir wollen damit ein Signal an die Landes- und Kommunalpolitik, aber auch in die Gesellschaft senden. Die Verfassungsänderung ist mehr als „Symbolpolitik“, was manche Kritiker_innen uns unterstellten. Wir verbinden mit der Änderung einen größeren rechtlichen Rückhalt für die Auseinandersetzung mit rassistischen und fremdenfeindlichen Aktivitäten und positive Wirkungen auf die Rechtsanwendung in den Verwaltungen sowie auf die Rechtsprechung.

» **Außerdem wollen Sie den Begriff Rasse streichen. Warum?**

Die Einteilung von Menschen in Rassen war Grundlage für die systematische Ausgrenzung und schließlich physische Vernichtung von Millionen Menschen. In Abgrenzung

dazu wurde mit dem Grundgesetz 1949 die Diskriminierung wegen der Rasse ausgeschlossen. Wir meinen: Heute sollte man diesen Begriff in einer Verfassung nicht mehr verwenden, denn er suggeriert ja dennoch die Existenz von Rassen. Eine Diskriminierung aus rassistischen Gründen wird natürlich auch künftig verboten sein.

» **Gemeinsame Gesetzentwürfe von Koalition und Opposition sind eher selten. Wie kam es dazu?**

SPD und DIE LINKE hatten die anderen Fraktionen eingeladen, gemeinsam über eine Verfassungsänderung zu diskutieren. Es fanden mehrere Fachgespräche statt, an denen auch Verfassungsrechtler_innen mitgewirkt haben. Lediglich die CDU war am Ende nicht bereit, das Vorhaben gemeinsam zu tragen.



Schutz für die Bienen

Bienen gehören zu den wichtigsten Nutztieren: Ihre Bestäubungsleistung entspricht in Deutschland einem volkswirtschaftlichen Nutzen von zwei Milliarden Euro. Allen Unkenrufen zum Trotz ist die Imkerei wieder auf dem Vormarsch. In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der Bienenvölker in Brandenburg von 29500 auf 38900, die der Imker von 2300 auf 3500 gestiegen. Trotzdem gibt es Probleme durch Krankheitserreger, aber auch durch weniger Blühpflanzen in der Landschaft und wohl auch durch Umweltgifte. Der Landtag hat deshalb einem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zugestimmt, der die Förderung der Bienenforschung und ihrer Anwendung sowie der Imkerei und des Einstiegs von Jungimker_innen absichert. Mit Hilfe der Agrarumweltmaßnahmen sollen die Lebensbedingungen für Bienenvölker verbessert, Schäden durch den Einsatz bienengefährlicher Pflanzenschutzmittel sollen vermieden werden.

Dr. Michael E. Luthardt
Sprecher für
Agrarwirtschaft und
ländliche Entwicklung



„Gute Arbeit“ stärken!



Erfolg für unsere Betriebs- und Personalräte-Konferenz: Sie brachte uns wichtige „Rückkoppelungen“: „Gute Arbeit“ ist viel mehr als Mindestlohn und soziale Vergabegesetz-Kriterien. Dennoch sind zehn Euro gesetzlicher Mindestlohn überfällig. Schlagworte waren auch: mehr Mitbestimmung für Beschäftigte und Betriebsräte, Weiterbildung, familienfreundliche und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen. Die Nutzung des DGB-„Index Gute Arbeit“ kann dies sichern. Brandenburg sollte also die landesweite Erhebungen finanzieren! Konstruktiv wurde auch das Gesamtprojekt diskutiert, ein einheitliches Arbeitsgesetz zu schaffen. Berufstätige könnten so endlich ihre Rechte überblicken und nutzen, auch ohne Jura-Studium. Das Arbeitsrecht heute ist unüberschaubar und schließt ca. 30000 Gerichtsurteile ein.

Dr. Andreas Bernig
Sprecher für Arbeitsmarktpolitik
und Gewerkschaften

BER-Urteil akzeptieren

In der Frage des Schallschutzes am künftigen Flughafen BER hat der Landtag in namentlicher Abstimmung mit 67 Ja- und 4 Neinstimmen folgenden Beschluss gefasst: „Der Landtag hat sich bereits dafür ausgesprochen, dass der planfestgestellte Schallschutz am BER realisiert wird. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin Brandenburg bekräftigte in seinem jüngsten Urteil zum Schallschutz den Planfeststellungsbeschluss am BER. In Innenräumen darf es tagsüber nicht lauter als 55 Dezibel werden. Der Landtag unterstützt die Auffassung der Landesregierung, den Streit nicht weiterzuführen und auf die Anwohner zuzugehen. Die Umsetzung des Schallschutzprogramms darf nicht durch weitere rechtliche Schritte verbaut werden. Der Landtag hat die Erwartung an die Landesregierung, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die erforderlichen finanziellen Mittel für den Schallschutz bereitzustellen und erwartet dies auch von den anderen Gesellschaftern.“

Kornelia Wehlan
Sprecherin für
Verkehrspolitik, Regional-
planung und Raumordnung



Initiativen der Fraktionen DIE LINKE und SPD

◀ **Gesetzentwurf** mit dem Ziel: Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg - Antirassismus-Novelle (Miteinbringer_innen: Fraktionen FDP und Bündnis 90/Grüne)
Drucksache 5/7321 · verabschiedet

◀ **Gesetzentwurf** mit dem Ziel: Viertes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes
Drucksache 5/7322 · an Fachausschuss überwiesen

◀ **Entschließungsantrag** zum Thema: Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg - Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung steht im Mittelpunkt (DS 5/7341)
Drucksache 5/7372 · angenommen

◀ **Entschließungsantrag** zum Thema: „Mehr als Honig – Bienen in Brandenburg fördern“ (DS 5/7347)
Drucksache 5/7409 · angenommen

◀ **Entschließungsantrag** zum Thema: „Bundesratsinitiative zur Beweislastumkehr für Bergschadensregelung bei Tagebaubetroffenen im Bundesbergrecht (DS 5/7367)“
Drucksache 5/7410 · angenommen

Internet-Tipp: Die Anträge und Debatten im Parlament als Videos:
www.rbb-online.de/imparlament/index.html

Am „Stand der Dinge“



Die Fraktion war beim „Fest der Linken“ in Berlin mit ihrem „Stand der Dinge“ präsent: DIE LINKE-Bundesvorsitzender Bernd Riexinger (m.) informierte sich beim Fraktionsvorsitzenden Christian Görke (2.v.l.) und seinen Kolleg_innen über die Arbeit von Rot-Rot.

Kommunal Finanzen: Solidargedanken stärken

Die Sozial- und Jugendhilfelasten – die kreisfreien Städte und Landkreise haben sie zu tragen – sind in den vergangenen Jahren in Brandenburg extrem angestiegen. Andere kommunale Ausgaben müssen zunehmend dahinter zurückstehen. Dies schränkt die kommunale Selbstverwaltung ein. Das brandenburgische Finanzausgleichssystem hat vorrangig die Aufgabe, einen Ausgleich zwischen Kommunen unterschiedlicher wirtschaftlicher und damit fiskalischer Leistungsfähigkeit herbeizuführen. Deshalb wollen wir einen zusätzlichen Sozial- und Jugendhilfelastenansatz in Höhe von 20 Millionen Euro in das Finanzausgleichsgesetz (FAG) integrieren. Damit soll der Einstieg in eine bedarfsgerechtere, an den realen Lasten orientierte Zuweisung erfolgen. Die kreisfreien Städte und Landkreise, die nachweisbar höhere Lasten zu tragen haben, sollen künftig mehr Geld über diesen interkommunalen Ausgleich bekommen. Schwerwiegende Benachteiligungen die-

ser Kommunen können dadurch abgebaut werden. Darüber hinaus wollen wir die Ausweitung des Demografiefaktors von jetzt drei auf fünf Jahre. Diese Erweiterung würde nicht nur im Jahr 2014, sondern bis 2016 die Auswirkungen statistischer Einwohnerverluste in Folge der Zensusergebnisse abfedern. Wegen der unterschiedlichen Einwohner_innenentwicklung in Brandenburg nehmen wir durch diese Ausweitung einen Solidarausgleich zu Gunsten der berlinferneren Regionen vor. Die betroffenen Kommunen haben dann drei Jahre Zeit, sich auf die Folgen des Einwohnerverlustes einzurichten. Mit dieser Gesetzesinitiative geht Rot-Rot konsequent den Weg einer solidarischen Kommunalfinanzierung weiter: Sie bleibt verlässlicher Partner der Kommunen.

Stefan Ludwig
Sprecher für
Kommunalpolitik



Hochschul-Planung

Die Landesregierung hat dem Landtag einen Hochschulentwicklungsplan bis 2025 vorgelegt. Er beschreibt die Erwartungen des Landes an die Hochschulen und gibt die grundlegenden hochschulpolitischen Zielsetzungen des Landes vor. Unter Achtung ihrer Autonomie bleiben den Hochschulen nötige Handlungsspielräume erhalten. Übergreifende Themen sind: Wissenschaftliche Weiterbildung, Durchlässigkeit im System, Chancengerechtigkeit, wissenschaftlicher Nachwuchs und die Zukunftsperspektive Internationalisierung. Zu kurz kommen aus LINKER Sicht die Themen „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ und die dafür notwendigen Ressourcen sowie eine Strategie zur weiteren strukturellen Entwicklung der Hochschulen. Der Entwicklungsplan sichert den Hochschulen nicht nur Planungssicherheit für den Zeitraum bis 2025, sondern er ist eine tragfähige Grundlage für die Verträge, die die Landesregierung bis Ende 2013 mit den einzelnen Hochschulen abschließen wird.

Peer Jürgens
Sprecher für
Wissenschafts-
und Forschungspolitik



Die Fraktion bei Facebook:
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8 · 14473 Potsdam

REDAKTIONSGRUPPE

Sven Rosig (Leitung)
Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 05
sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de

PORTRAITS

DIE LINKE LTF BRB / Liebe
FOTOS Titel (Mediziner): mcl/photocase.de, Hochwasserhilfe:
DIE LINKE LTF BRB/Lamberg bzw. Domres, Kohlebagger: DIE LINKE
LTF BRB/Rosig, Daumen nach oben: DIE LINKE LTF BRB/Rosig,
Konferenzpräsidium: DIE LINKE LTF BRB/Baier, Menschengruppe am
Stand: DIE LINKE LTF BRB/Rosig

AUFLAGE

10 000 Stück

DRUCK

Gieselmann Druck und Medienhaus,
Potsdam-Rehbrücke

V.I.S.D.P.

Thomas Domres (Mdl)

Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen und
direkt zur Internetpräsenz
der Fraktion gelangen

